

Berlin, 8. Dezember 2021



BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e. V.
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

www.bdew.de

Stellungnahme

zur Überarbeitung der Allgemeinen Gruppen- freistellungsverordnung (AGVO)

Konsultation zum Kommissionsentwurf vom 6. Oktober 2021

Transparenz-Register-ID: 20457441380-38

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Berlin, und seine Landesorganisationen vertreten über 1.900 Unternehmen. Das Spektrum der Mitglieder reicht von lokalen und kommunalen über regionale bis hin zu über-regionalen Unternehmen. Sie repräsentieren rund 90 Prozent des Strom- und gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärme-absatzes, 90 Prozent des Erdgasabsatzes, über 90 Prozent der Energienetze sowie 80 Prozent der Trinkwasser-Förderung und rund ein Drittel der Abwasser-Entsorgung in Deutschland.

Vorbemerkungen

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW e. V.) unterstützt die Anpassung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) an die im Rahmen des European Green Deal erhöhten Klimaambitionen der EU und an die neuen Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen (CEEAG), die zum 1. Januar 2022 in Kraft treten sollen¹.

Diese weitergehende Transformation der Energiewirtschaft wird massive Investitionen und Innovationen in sehr kurzer Zeit von den Wirtschaftsteilnehmern erfordern, die den Einsatz auch staatlicher Mittel notwendig machen. Daher ist nach Ansicht des BDEW eine gezielte Überarbeitung und Modernisierung der aktuellen Beihilfevorschriften notwendig, um die erforderliche Unterstützung der für die Dekarbonisierung des Energiesystems notwendigen Technologien zu ermöglichen. Dies betrifft in besonderem Maße den Ausbau Erneuerbarer Energien und der entsprechenden Infrastruktur, den Hochlauf einer europäischen Wasserstoffwirtschaft sowie die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung.

Ein zentraler Unsicherheitsfaktor für die Energiewirtschaft liegt derzeit in den sehr langen Prüfungszeiträumen für Beihilfeverfahren. So gehen wertvolle Zeit sowie Planungs- und Rechtssicherheit verloren. Der BDEW begrüßt daher, dass der vorliegende Kommissionsvorschlag nicht nur in vielen Bereichen eine Erhöhung der relevanten Schwellenwerte für Beihilfemaßnahmen enthält, sondern auch die Förderung neuer Tatbestände, wie beispielsweise der Herstellung erneuerbaren Wasserstoffs, in den Anwendungsbereich der AGVO vorschlägt. So können für die Energiewende wichtige Projekte, die im Einklang mit den klimapolitischen Zielen der EU stehen, von der Notifizierungs- und Prüfungspflicht ausgenommen und dadurch schneller realisiert werden².

Investitionsbeihilfen für die Herstellung, den Transport und die Nutzung von Wasserstoff

Angesichts der Bedeutung von Wasserstoff und seiner Derivate für die Erreichung der EU-Klimaziele begrüßt der BDEW die explizite Aufnahme der Möglichkeit zur Förderung der Herstellung, des Transports und der Nutzung von Wasserstoff. Insbesondere im Markthochlauf einer Wasserstoffwirtschaft ist nach Ansicht des BDEW ein technologieneutraler Ansatz erforderlich, der sowohl den Einsatz erneuerbaren Wasserstoffs auf der Basis von erneuerbarem Strom als auch von CO₂-armem Wasserstoff auf der Basis von Erdgas anerkennt. Nur so können schnell und kostengünstig die notwendigen Mengen für eine Umstellung von Anwendungstechnolo-

¹ [BDEW-Stellungnahme zum Kommissionsentwurf für neue Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen](#), 26. Juli 2021.

² [BDEW-Rückmeldung zur öffentlichen Konsultation zum Fahrplan für die Überarbeitung der AGVO](#), 1. April 2021.

gien und Infrastruktur bereitgestellt werden. Auf dem Weg zur Klimaneutralität sollte der Anteil erneuerbaren Wasserstoffs dabei mehr und mehr steigen und 2050 den weit überwiegen- den Teil ausmachen.

Es ist allerdings nachvollziehbar, dass im Rahmen der AGVO nur bei der Herstellung erneuer- baren Wasserstoffs der Beitrag zu den EU-Klimazielen ohne vorherige Prüfung angenommen werden kann. Umso wichtiger ist es, dass im Rahmen der CEEAG alle erneuerbaren und CO₂- arme Gase grundsätzlich förderfähig sind.

Dies gilt allerdings nach Ansicht des BDEW nicht für die entsprechende Gasinfrastruktur oder die Nutzung des Wasserstoffs. Insbesondere **Netze unterscheiden nicht zwischen erneuerba- rem oder CO₂-armem Wasserstoff**. Um eine frühzeitige Umrüstung der bestehenden Infra- struktur für die Nutzung mit Wasserstoff zu ermöglichen muss daher immer sowohl erneuer- barer als auch CO₂-armer Wasserstoff vom Anwendungsbereich der AGVO erfasst werden. Für die Förderung von Tankinfrastruktur (Art. 36a) ist das richtigerweise bereits vorgesehen. Die- selbe Logik sollte nun u. a. auch für die Definition von Gasinfrastruktur (Art. 2 Abs. 130 b i)) angewendet werden, da bislang lediglich der Transport erneuerbarer gasförmiger Brennstoffe nichtbiologischen Ursprungs, nicht aber CO₂-armer gasförmiger Brennstoffe davon erfasst wird. In den Anwendungsfeldern für Wasserstoff ist ungeachtet der grundsätzlichen Förderfä- higkeit eine Unterscheidung zwischen erneuerbaren und CO₂-armen Gasen, z.B. beim Förder- volumen, entsprechend deren CO₂-Fußabdruck sinnvoll.

Investitions- und Betriebsbeihilfen für Erneuerbare Energien (Art. 41, Art. 42 und Art. 43)

Der BDEW begrüßt die **Einbeziehung von Speichern** kombiniert mit Erneuerbaren Energien (Art. 41 Abs. 1a). Die Definition von „Energie aus erneuerbaren Quellen“ (Art. 2 Abs. 109) führt allerdings zu einer Benachteiligung von Stromspeichern, da im Zuge der Stromspeicherung nach dem Kommissionsentwurf die „erneuerbare Eigenschaft der elektrischen Energie“ verlo- ren geht, sobald diese Energie wieder aus einem Speicher in das Netz zurück gespeist wird. Dies führt zu einer Entwertung der aufgenommenen Erneuerbaren Energie aufgrund der Zwi- schenspeicherung. Eine Klarstellung ist daher erforderlich.

Die Verpflichtung zur **Veröffentlichung der Kriterien für Ausschreibungen** mindestens sechs Wochen vor Ablauf der Frist für die Einreichung von Anträgen (Art. 42 Abs. 2) greift nach An- sicht des BDEW deutlich zu kurz. Insbesondere an risikoreicheren Standorten sind für die Ent- wicklung von Projekten langfristig absehbare Regularien erforderlich, insbesondere in Bezug auf die Finanzierung. Die Vorgabe steht zudem im Widerspruch zu Artikel 6 (3) der Erneuer-

bare-Energien-Richtlinie (RED II) der die Mitgliedstaaten verpflichtet, den Investoren mindestens fünf Jahre im Voraus einen Überblick über die Mengen, den Zeitplan und das Budget der Ausschreibungen für Erneuerbare Energien zu geben.

Der BDEW möchte zudem erneut darauf hinweisen, dass er in den von der Kommission vorgeschlagenen Vorgaben zur **endogenen Reduzierung** bei unterzeichneten Ausschreibungen die Gefahr einer Abwärtsspirale für ausgeschriebene EE-Mengen und damit den Ausbau Erneuerbarer Energien sieht (Art. 42 Abs. 2 iii)).

Die AGVO 2014 sieht die Möglichkeit von technologiespezifischen Ausschreibungen vor (Art. 42, Abs. 3). Eine neue Fußnote könnte eine nicht erschöpfende Liste von innovativen Technologien einbeziehen, darunter hybride EE-Anlage mit Speicher.

Der BDEW steht im Grundsatz **Regelungen zur Nicht-Vergütung der Stromerzeugung** von EE-Anlagen in Zeiten negativer Spotmarktpreise (Art. 42 Abs. 7) offen gegenüber. Durch ein solches Marktsignal wird die Bereitstellung von Flexibilität im System, konkret auf der Angebotsseite, angeregt. Bei einem steigenden Anteil der Stromerzeugung auf Basis dargebotsabhängiger Erneuerbarer Energien sollte die marktgetriebene Abregelung von Anlagen nicht erstes Mittel der Wahl sein. Zwar könnten Überschusssituationen kurzfristig durch eine verstärkte Flexibilisierung des Angebots Erneuerbarer Energien, sprich verstärkte Abregelung in Zeiten negativer Preise, reduziert werden. Durch eine Abregelung wird aber letztlich der Zubaubedarf an Erneuerbaren Energien unnötig erhöht, was nicht nur ineffizient ist, sondern auch die Standortknappheit verschärft.

Die Nicht-Vergütung kann aus energiewirtschaftlicher Sicht nur eine Option von mehreren sein. Eine zentrale Grundlage, die mit einem Verzicht auf Vergütung bei negativen Börsenstrompreisen einhergehen muss, ist der Abbau von Hemmnissen für die Nutzung von Speicher, von Power-to-X oder die Bereitstellung anderer Flexibilitätsoptionen. Ein weiterer Aspekt ist die Sicherstellung der Finanzierbarkeit von EE-Anlagen. Bei voraussichtlichem Anstieg der Zeiten mit negativen Börsenpreisen wird die o. g. Regelung nicht ohne negative Folgen für die Refinanzierung der Investition bleiben. Aus diesem Grund sollte beispielsweise das Anhängen des entgangenen Vergütungszeitraums an das Ende der Förderdauer oder eine Deckelung des Vergütungsausfalls trotzdem möglich sein.

Bezüglich der **Betriebshilfen für kleine Anlagen** ist die Steigerung der Schwellenwerte für eine Freistellung auf 3MW (Artikel 43, Abs. 2, Punkt a) eine notwendige Voraussetzung, die die Anlagenbetreiber im Wohn- und Gewerbebereich von Bürokratie und Investitionsunsicherheit entlasten kann.

Investitionsbeihilfen für energieeffiziente Fernwärme und hocheffiziente KWK (Art. 41 und 45)

Projekte zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung sind häufig mit hohen (Vorab-)Investitionen verbunden. Die bisherigen, relativ geringen Schwellenwerte (Art. 4 Abs. 1) standen einer effizienten Projektplanung- und Durchführung häufig im Wege. Der BDEW begrüßt daher die **Anhebung der Schwellenwerte** von 20 Mio. auf 50 Mio. pro Unternehmen und Vorhaben. Insbesondere da Projekte zur kommunalen Wärmewende regelmäßig keine negativen Auswirkungen auf den europäischen Binnenmarkt haben, ist diese Anhebung sachgerecht.

Vor diesem Hintergrund sollten allerdings auch die bisherigen Beihilfeintensitäten für Investitionsbeihilfen für KWK-Anlagen und Fernwärmenetze beibehalten werden, anstatt diese wie von der Kommission vorgesehen abzusenken (Art. 41 Abs. 7 und Art. 45 Abs. 3).

Investitionsbeihilfen für Lade- oder Tankinfrastruktur (Art. 36a und b)

Der BDEW unterstützt die Ausweitung des Geltungsbereichs für die **Förderung von Lade- und Tankinfrastruktur auf private Infrastrukturen**. Zu begrüßen ist zudem die Geltung der AGVO für die Modernisierung und Erweiterung der Tankinfrastruktur, da die meisten bestehenden CNG- und Wasserstofftankstellen in Deutschland auf Betankung für Nutzfahrzeugen umgerüstet werden müssen. Insbesondere im Nutzfahrzeugbereich sieht der BDEW große Potenziale für diese Kraftstoffe.

Neben Erwerb und Leasing sauberer oder emissionsfreier Fahrzeuge sollten allerdings auch Anmietung oder Mietkauf in den AGVO abgedeckt werden, da dies die Marktdurchdringung „sauberer“ Fahrzeuge beschleunigt. Kritisch ist in Art. 36b Abs. 2 zudem die Beschränkung auf den Erwerb oder das Leasing von Fahrzeugen die „zumindest teilweise mit Strom oder Wasserstoff betrieben werden“. Hier sollten alle sauberen oder emissionsfreien Antriebsarten anerkannt werden.

Auch bei den Freistellungen für Speicher darf kein Ungleichgewicht zwischen emissionsfreien Technologien entstehen. Daher sollten Stromspeicher, die überwiegend erneuerbaren Strom beziehen, die gleichen Vorrechte wie die Speicherung von emissionsärmeren Technologien beziehungsweise Wasserstoff bei der Beihilfeanmeldepflicht genießen.

Ebenfalls kritisch sieht der BDEW die Begrenzung der Beihilfeintensität auf 60% für Bio-CNG und Bio-LNG-Fahrzeuge (Art. 36b Abs. 6b), obwohl diese Biomethan tanken und damit praktisch klimaneutral sind.

Der BDEW ist der Auffassung, dass der erforderliche Aufbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur möglichst marktgetrieben erfolgen soll. Da aktuell jedoch in der Regel kaum ein wirtschaftlicher Betrieb öffentlicher Ladeinfrastruktur möglich ist, werden Förderprogramme kurz- bis mittelfristig weiterhin notwendig bleiben, insbesondere auch mit Blick auf den erst noch anstehenden Aufbau der Ladeinfrastruktur für batterieelektrische Lkw. Gleichzeitig müssen Fördermaßnahmen immer auch den Bestand im Blick behalten und dürfen nicht zu Marktverzerrungen führen. Die bereits in den CEEAG enthaltene Vorgabe, dass vor der Gewährung von Beihilfen für Ladeinfrastruktur eine öffentliche Konsultation oder eine unabhängige Marktstudie zur Ermittlung des Bedarfs für eine Förderung bzw. des Umfangs der Förderung durchgeführt werden müssen ist daher grundsätzlich zu begrüßen (Art. 36 Abs. 8).

Eine solche Regelung ist sinnvoll, um die Entwertung von Bestandsladeinfrastrukturen zu vermeiden, die frühzeitig und unter größerem Risiko aufgebaut wurden. Zur Vermeidung langwieriger Vergabeverfahren muss allerdings sichergestellt werden, dass die Durchführung einer öffentlichen Konsultation oder einer unabhängigen Marktstudie zügig und kosteneffizient erfolgt. Insbesondere sollte darin dargelegt werden, dass innerhalb von drei Jahren nach Beginn der Anwendung der Beihilfemaßnahme zu Marktbedingungen voraussichtlich keine solche Infrastruktur aufgebaut würde.

Investitionsbeihilfen für Energieeffizienzmaßnahmen (Art. 38)

Der BDEW begrüßt, dass auch die **Installation von Energiespeichern** als Maßnahme zur Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden künftig in der AGVO anerkannt werden soll (Art 38 Abs. 3b). Neben der Möglichkeit zur Speicherung von am Standort des Gebäudes erzeugter Erneuerbarer Energie sollte in Absatz 3b allerdings auch die Möglichkeit privater Energiespeicher Flexibilitätsdienste zu leisten und damit die umfassendere Integration erneuerbarer Energien in das Netz zu unterstützen berücksichtigt werden. Diese Zusatzfunktion sollte entsprechend noch ergänzt werden, um den Beitrag von privaten Energiespeichern zu Netzdienstleistungsmärkten nicht auszuschließen. Um die Beteiligung von privaten Energiespeichern an der Bereitstellung von Flexibilitäten zu beschleunigen, sollte die AGVO die maximale Optimierung der Speicheranlagen ermöglichen, indem sie die Stromeinspeichersfunktion als beihilfe- bzw. Freistellungsberechtigt im Absatz 3b anerkennen. Dasselbe gilt auch für die Installation von Energiespeichern im Sinne des Artikels 39 Abs. 2a. Zudem sollte die AGVO gewerbliche Gebäude (neben den Kategorien i, ii und iii im Artikel 38, Abs. 3a und Artikel 39, Abs. 2a) als beihilfefähig einordnen.

Ansprechpartner

Moritz Mund
EU-Vertretung Brüssel
Telefon: +32 2 774 5115
moritz.mund@bdew.de

Dr. Paula Hahn
Abteilung Recht
Telefon: +49 30 300199-1517
paula.hahn@bdew.de